



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 15. August 2012

Aus Berlin

Bundesversicherungsamt: Tätigkeitsbericht übt Kritik an Krankenkassen

Das Bundesversicherungsamt (BVA) hat seinen [Tätigkeitsbericht 2011](#) veröffentlicht. Darin kritisiert das BVA unter anderem die Einflussnahme der Krankenkassen auf die Kodierung ärztlicher Diagnosen und Verschwendung von Versicherungsgeldern. ([Pressemitteilung des BVA, 13. August](#); [Süddeutsche Zeitung, 14. August](#); [Ärzte Zeitung, 13. August](#))

Praxisgebühr: Erneute Diskussion um Abschaffung

Die Bundeskanzlerin hat ihre Position klar geäußert: Die Praxisgebühr bleibt! Der Koalitionspartner FDP würde die Praxisgebühr gerne abschaffen, ebenso die Techniker Krankenkasse. Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg, Dr. Norbert Metke, sagte dazu: „Wir freuen uns, dass nun auch von Kassenseite bestätigt wird, dass die Praxisgebühr sich nicht bewährt hat und verzichtbar ist.“ Der Hartmannbund hingegen warnt davor, die Gebühr ersatzlos zu streichen: Man brauche Steuerungselemente. Die KBV befürwortet eine [Abschaffung der Praxisgebühr](#) in ihrer jetzigen Form. ([Handelsblatt, 13. August](#); [Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 14. August](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 14. August](#))

Aus KBV und KVen

KVon: Neues Video zum Qualitätsmanagement

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigung, berichtet in einem neuen Film zum Qualitätsmanagement in Praxen über das Thema Patientenversorgung, von A wie Anmeldung bis Z wie Zugang. Dem Video zum ersten Kapitel des QEP-Qualitätsziel-Katalogs werden in den kommenden Monaten noch weitere zu den Kapiteln zwei bis fünf folgen. QEP ist ein von der KBV und den Kassenärztlichen Vereinigungen gemeinsam entwickeltes Qualitätsmanagementsystem mit zugehörigem Nachschlagewerk. ([Videopodcast auf KV-on, 13. August](#))

Diagnose „Realitätsverlust“: Prognos-Gutachten stößt auf immer mehr Gegenwind

Eine Reihe Kassenärztlicher Vereinigungen (KVen) hat die Forderung des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), das Arzthonorar 2013 um insgesamt 2,2 Milliarden Euro zu kürzen, zurückgewiesen. Der GKV-Spitzenverband versuche sich mit dieser Forderung aus den Honorarverhandlungen herauszumogeln, sagte der Vorstandsvorsitzende der KV Baden-Württemberg, Dr. Norbert Metke. In einem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsfirma Prognos im Auftrag des Spitzenverbandes ist zuvor eine Senkung des Orientierungswertes, an dem sich das ärztliche Honorar bemisst, von 3,5 auf 3,25 Cent vorgeschlagen worden. Die KVen Schleswig-Holstein, Nordrhein, Westfalen-Lippe und Bayerns befürchten durch eine sinkende Vergütung den ohnehin vorhandenen Ärztemangel noch zu verstärken. „Ein rigider Sparkurs geht zu Lasten der

Patienten, vor allem auf dem Land“, kommentierte Dr. Monika Schliffke, Vorstandsvorsitzende der KV Schleswig-Holstein. Unterstützung erhält sie von Martina Bunge (Die Linke), Gesundheitspolitikerin und Bundestagsabgeordnete in Mecklenburg Vorpommern. Die angestrebten Einsparungen vertrieben auch die letzten Landärzte. Unverständnis gegenüber den Kassenforderungen herrscht auch in den Reihen des Berufsverbandes Deutscher Internisten (BDI), dem Hartmannbund und des Spitzenverbandes Fachärzte Deutschland (SpiFa), die die ärztliche Versorgung gefährdet sehen. Die Forderung der Kassen sei ein Vorgang bisher nicht gekannter „Qualität“ und verantwortungslos, sagte Dr. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes. KBV-Chef Dr. Andreas Köhler, bezeichnete das Vorgehen des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen als rechtswidrig und forderte dagegen eine Honorarsteigerung von 3,5 Milliarden Euro. ([Pressemitteilung des KV Baden-Württemberg, 9. August](#); [Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 10. August](#); [Pressemitteilung der KV Nordrhein, 13. August](#); [Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 13. August](#); [Pressemitteilung der KV Bayerns, 14. August](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 10. August](#); [Pressemitteilung des SpiFa, 9. August](#); [Pressemitteilung des BDI, 10. August](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 14. August](#); Agenturmeldungen, 9. und 10. August;)

Neue Initiativen gegen den Landarztmangel

Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) gehen mit weiteren Maßnahmen gegen den Ärztemangel auf dem Land vor. So hat die KV Hessen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und den Krankenkassen ein Förderpaket von 600.000 Euro pro Jahr ins Leben gerufen, mit dem Praxen in ländlichen Regionen finanziell unterstützt werden sollen. In Sachsen-Anhalt unterstützt die KV in Kooperation mit der Stadt Wernigerode die Ärzte bei der Kinderbetreuung, beispielsweise indem sie Kitaplätze erhalten, die eine Betreuung bis 20.30 Uhr anbieten. Auch in Sachsen gibt es ein Vorhaben, um dem Hausarztmangel zu begegnen. Die ansässige KV will Abiturienten ein Medizinstudium in Ungarn bezahlen und sie dadurch für mindestens fünf Jahre nach dem Abschluss für eine hausärztliche Tätigkeit in Sachsen verpflichten. Mit drei unterschiedlichen Förderprogrammen, unter anderem mit einem Stipendienprogramm für Medizinstudenten, ebenfalls mit einer Fünf-Jahres-Verpflichtung, unterstützt auch Bayern die hausärztliche Versorgung in ländlichen Regionen. ([Ärzte Zeitung online, 14. August](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 13. August](#) und [14. August](#))

Aus den Verbänden

Organspende: Verbände planen stärkere Kontrollen

Gesundheitsverbände sowie Prüfungs- und Überwachungskommissionen haben sich für mehr Transparenz und effizientere Kontrollen bei der Organspende ausgesprochen. Geplant sei unter anderem ein Mehr-Augen-Prinzip, bei dem ein unabhängiger Arzt den Krankheitszustand eines Organempfängers begutachtet, erklärte Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK). Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) begrüßte die Zusammenarbeit von Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG), Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Deutscher Stiftung Organtransplantation, BÄK und Eurotransplant. Er will mit den Organisationen am 27. August über Änderungsvorschläge beraten. Der unparteiische Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses, Josef Hecken, forderte entgegen der geplanten Änderungen eine staatliche Überwachung der Organspende, die über Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten verfügen soll. ([Gemeinsame Presseerklärung von BÄK, DKG und GKV-Spitzenverband, 9. August](#); [Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 9. August](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 8. August](#) und [9. August](#))

BDI kritisiert G-BA-Vorsitzenden

In Deutschland werde zu oft und unnötig operiert. Das hat Josef Hecken, unparteiischer Vorstand des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), den Kliniken vorgeworfen. Der Präsident des Berufsverbandes Deutscher Internisten (BDI), Dr. Wolfgang Wesiack, wies die Vorwürfe zurück.

Das sei mit dem ärztlichen Berufsrecht unvereinbar, sagte er. Außerdem werde die Vergütung von Operationen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen ausgehandelt. Mögliche ökonomische Fehlanreize dürften daher nicht einseitig den Krankenhäusern angelastet werden. ([Pressemitteilung des BDI, 9. August](#); [Frankfurter Allgemeine Zeitung online, 7. August](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 500.000

Auf 500.000 Euro hat die Bundesregierung den Etat 2012 für die Präventionskampagne zum Thema sexuell übertragbare Krankheiten gekürzt. Im Jahr 2009 betrug dieser noch 2,5 Millionen Euro. Darüber hinaus wurden im Bereich Prävention weitere Haushaltsmittel gestrichen, was die SPD kritisierte. ([Deutsches Ärzteblatt online, 10. August](#))

Aus der Presse

Honorar 2013: Ärzte und Kassen uneinig

Die Verhandlungen zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) über das Ärztehonorar 2013 gestalten sich schwierig: Die KBV fordert 3,5 Milliarden Euro mehr (+ 11 Prozent) – die Krankenkassen 2,2 Milliarden Euro weniger (- 7 Prozent). Wie Spiegel online berichtet, hat der GKV-Spitzenverband ein Gutachten beim Prognos-Institut in Auftrag gegeben, auf dessen Ergebnisse er seine Position stützt: Die „Überzahlung“ der Ärzte betrage demnach fast 2,2 Milliarden Euro. Die KBV hält dagegen: Zusätzliche 3,5 Milliarden Euro seien nötig, um die Inflation und die Betriebskostensteigerung in den Praxen seit 2008 auszugleichen. ([Spiegel online, 9. August](#))

Köhler: Verhalten der Kassen ist rechtswidrig

Die Krankenkassen handeln in den aktuellen Honorarverhandlungen im Gemeinsamen Bewertungsausschuss nicht gesetzeskonform, kritisiert der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Das Deutsche Ärzteblatt berichtet über die Vorwürfe Köhlers gegenüber dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung, der auf Basis eines Gutachtens fordert, die Honorare der Ärzte um 2,2 Milliarden Euro zu senken. Köhler zweifelt die Qualität des Gutachtens an: Es sei rechtswidrig, die Preis- und die Mengenkomponente der Gesamtvergütung zu verknüpfen und daraus Forderungen abzuleiten. ([Deutsches Ärzteblatt online, 14. August](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------------------------|---|
| 16.08.2012 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 22.08.2012 | Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr |
| 22.08.2012 –
25.08.2012 | G-I-N Conference 2012
Berlin |
| 29.08.2012 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr |

- 28.09.2012 Vertreterversammlung der KBV
Berlin, 10 Uhr
- 24.10.2012 [KBV kontrovers](#)
Berlin, 10.30 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 4005-2202
Fax: 030 4005-2290
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>